

HOLSTEINISCHER COURIER, 24.01.00

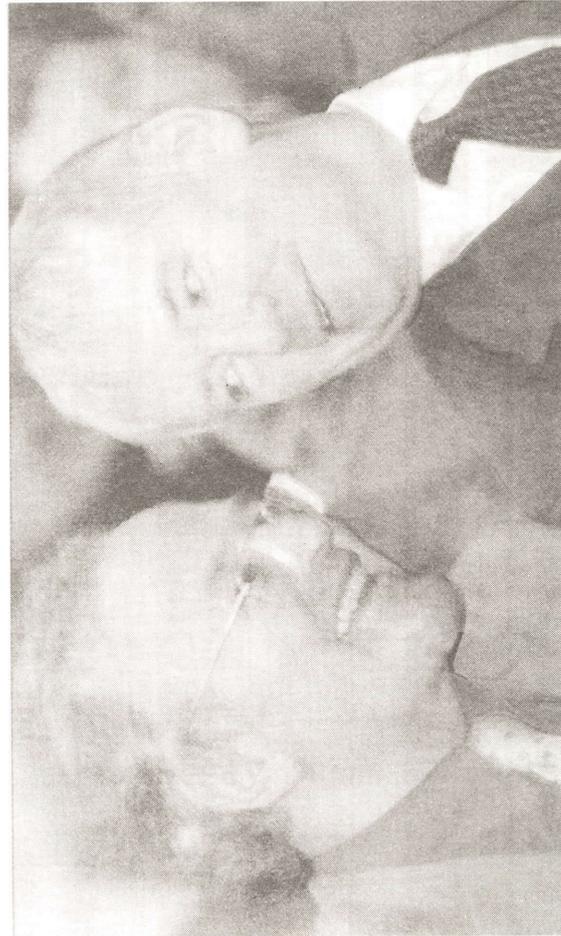
Türkische Gemeinde in Deutschland tagte in Hamburg – Prominente Gäste – Otto Schily:

## Chancen der Vielfalt nutzen

HAMBURG (Ino). Deutschland ist nach den Worten von Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) und dem Vorsitzenden der Türkischen Gemeinde in Deutschland (TGD), Prof. Hakki Keskin, längst eine multikulturelle Gesellschaft. Die Chancen, die diese Vielfalt bieten, könnten aber besser genutzt werden, betonten auch andere prominente Redner am Wochenende bei der TGD-Bundeleiertenkonferenz in Hamburg.

Keskin kritisierte, dass die rund 7,3 Millionen Einwanderer von der Gleichberechtigung noch weit entfernt seien. Mehr Respekt vor den kulturellen Eigenheiten der in Deutschland lebenden Minderheiten forderte die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, Marieluise Beck.

Schily warnte bei der Eröffnung der Hamburger Konferenz vor einer selbstgewählten „Gettoisierung“ der in der Bundesrepublik lebenden Ausländer. „Ich will hier keine Ortschaft mit deutschen und türkischen Ortschaften, keine Exklave der Türkei in Deutschland“, sagte der SPD-Politiker. „Das histori-



Bundesinnenminister Otto Schily (rechts) im Gespräch mit dem Vorsitzenden der TGD, Hakki Keskin.

sche Experiment der Integration“ werde auch in Zukunft Probleme für beide Seiten mit sich bringen. Er sei deshalb weislich für die begrenzte Zusammenarbeit nach Deutschland.

Schily und Hamburgs Bürgermeister Ortwin Runde (SPD) wiesen auf die „überragende Bedeutung guter Deutsch-

kenntnisse für Integration und Gleichberechtigung hin“. „Wer stumm ist, der ist ausgeschlossen von politischer Teilhabe, von kultureller Teilhabe“, erklärte Runde. Menschen türkischer Herkunft sollten aber wissen, dass ihre Heimat auf eine Zukunft als Teils Europas hoffen könne, weil die Türkei inzwischen

schon EU-Beitrittskandidat sei. Der stellvertretende Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland, Michel Friedmann, rief zu einem „jüdisch-muslimisch-christlichem Dialog“ in Deutschland auf. Für ein Miteinander sei Respekt voneinander nötig. „Dabei sind die Minderheiten auf die Mehrheit-

ten angewiesen“, betonte Friedmann.

Prof. Keskin, der der Türkischen Gemeinde seit 1995 vorsteht und gestern mit überwältigender Mehrheit für zwei Jahre in seinem Amt bestätigt wurde, kritisierte, das neue Einbürgerungsrecht als unzureichend. Er warb in diesem Zusammenhang um Verständnis für die älteren Migranten, die auf eine Einbürgerung verzichteten, weil es die Möglichkeit der doppelten Staatsbürgerschaft auch künftig nicht geben solle. Der türkische Pass sei aber für viele Türken „ein Teil der Identität und die Aufgabe dieser Identität kann nicht befohlen werden“, sagte Keskin.

Die Türkische Gemeinde in Deutschland versteht sich als parteipolitisch unabhängige Interessenvertretung der rund 2,3 Millionen in der Bundesrepublik lebenden Türken. Sie repräsentiert rund 200 deutsch-türkische Vereine. Ziele der TGD sind die rechtliche, soziale und politische Gleichstellung der türkischen Einwanderer, die Integration der kulturellen Minderheiten und der Kampf gegen Ausländerfeindlichkeit und Diskriminierung.